

4. Aktuelle Politik

Antragsnummer		Antragsteller	Antragsthema
AP	01 - 024	KV Chemnitz	Organisierung einer G8 - Kampagne
AP	02 - 053	Bundesvorstand	Organisierung einer G8 - Kampagne
AP	03 - 020	KV Chemnitz	Kein Einsatz deutscher Truppen im Nahen-Osten
AP	04 - 022	KV Chemnitz	Besetzung Iraks sofort beenden
AP	05 - 023	KV Chemnitz	Kein Krieg gegen Iran
AP	06 - 055	KV Osterholz	Abrüstungspolitik entwickeln
AP	07 - 032	KV Hochsauerland	Steuerharmonisierung in der EU
AP	08 - 047	KV Lüchow-Dannenberg	Aufkündigung des Euratom-Vertrages
AP	09 - 033	KV Hochsauerland	Emissionszertifikate
AP	10 - 030	KV Hochsauerland	Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit
AP	11 - 042	KV München	Gender Mainstreaming –Hartz IV
AP	12 - 039	KV Saarbrücken	Gegen Kürzung von ALG II
AP	13 - 035	KV Gelsenkirchen	Arbeitslosenticket
AP	14 - 029	KV Hochsauerland	Sicherung sozialer Leistungen
AP	15 - 031	KV Hochsauerland	Bemessungsgrenze Aufheben
AP	16 - 021	KV Chemnitz	Gegen Privatisierung
AP	17 - 044	KV München	Demokratisches Streikrecht (Resolution)
AP	18 - 043	KV München	Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts
AP	19 - 046	KV München	Keine Unterstützung des BdV (Resolution)

Antrag 01-024

Antragsteller: Kreisverband Chemnitz

Antragsthema: Organisierung einer G8-Kampagne

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG unterstützt die Vorbereitungen für die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juli 2007.

Allen Gliederungen und Untergliederungen der WASG wird empfohlen, sich maßgebend an den Vorbereitungen für diese Proteste zu beteiligen, die stattfinden. Dafür sind Gespräche mit dem örtlichen DGB, mit den Einzelgewerkschaften, mit den verschiedenen Gliederungen der Linkspartei.PDS, mit globalisierungskritischen Organisationen wie Attac, mit Sozialverbänden, mit Arbeitsloseninitiativen, mit kritischen Kirchengemeinden und –gruppen und mit anderen globalisierungskritischen Gegnern der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig, um sich in Netzwerke einzugliedern.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, Mitfahrgelegenheiten für die verschiedenen Proteste zu suchen und die Mitgliedschaft rechtzeitig darüber zu informieren.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, passendes Informationsmaterial vorzubereiten und die Aktivitäten vor Ort mit Flyern, Infoblättern und anderen Materialien zu unterstützen.

Begründung:

Beim G8-Gipfel treffen sich die Vertreter der vorherrschenden Wirtschaftsmächte der Welt, um untereinander das Schicksal der Erde zu beschließen. Da alle Vertreter eine neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben vorantreiben, haben ihre Entscheidungen oft verheerende Auswirkungen für alle Bewohner dieser Erde.

Da wir als WASG ausdrücklich für eine soziale und solidarische Politik eintreten, können wir dieses Treffen nicht ohne Protest stattfinden lassen. Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua unter der Parole „Ihr seid acht, wir sind sechs Milliarden!“ haben der Massenbewegung gegen Sozialabbau in Italien einen Anstoß gegeben, der immer noch zu spüren ist. In ähnlicher Weise kann eine erfolgreiche Protestbewegung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm der deutschen Bewegung gegen Sozialabbau und für eine soziale und sozial gerechte Politik Antrieb geben.

Antrag: 02-053

Antragsteller: Bundesvorstand

Antragsthema: Organisation einer G8-Kampagne

Antrag:

Der Bundesparteitag der WASG beschließt, die Kampagne zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm auf allen Ebenen der Partei durchzuführen.

Die Kampagne wird gemeinsam mit der Linkspartei, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Solid und dem Hochschulgruppennetzwerk und in Absprache mit dem bereits bestehenden Vorbereitungsbündnis aus NGOs und Bewegungen geplant und umgesetzt.

Ziele der G8-Kampagne sind:

- Die G8-Proteste zu unterstützen und zu verbreitern
- Kritik an den G8 in die Gesellschaft zu tragen und damit zu einer Delegitimierung der G8 beizutragen. Thematische Schwerpunkte der Kampagne sind Privatisierung/Neoliberalismus, Krieg und Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung.
- Die Bündnisfähigkeit der WASG zu stärken und zu einer stärkeren Verankerung der WASG in der außerparlamentarischen Bewegung beizutragen.
- Neue Mitglieder für die im Juni sich gründende Neue Linke gewinnen

Wir streben an, die G8-Kampagne zum Teil mit der bereits gemeinsam von WASG und Linkspartei beschlossenen Antiprivatisierungskampagne inhaltlich und organisatorisch zu verknüpfen.

Begründung:

Der Gruppe der acht (sieben führende Industrieländer und Russland; G8) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA an. Die G8-Länder vereinigen ca. 50 % des Welthandels.

Die G8 gilt nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell, um in „entspannter Runde“ globale Themen und Probleme zu beraten und Strategien abzusprechen. Privatisierungen, Handelsliberalisierung und Rohstoffsicherung sind drei der Themen, die immer wieder auf den jährlichen Treffen der G8 zur Diskussion standen.

Die G8 verschlechtern die Lage der so genannten Entwicklungsländer, forcieren weitere Kriege, betreiben eine umweltzerstörende Politik und forcieren den Demokratieabbau und die Beschneidung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit. Sie sind eine wesentliche Stütze zur Fortführung und Verschärfung der neoliberalen Globalisierung. Ein wichtiger Kritikpunkt an den G8-Gipfeln ist die fehlende Legitimität. Schon die Konstruktion der G8 als Gruppe der acht mächtigsten und wirtschaftsstärksten Staaten der Welt verweist auf deren fehlende demokratische Grundlage. Aus diesen Gründen wurden

der G 8-Gipfel ebenso wie der Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) - immer wieder Ziel von Protesten der globalisierungskritischen Bewegung.

Die Vorbereitung der Proteste gegen den im Jahr 2007 geplanten Gipfel in Heligendamm bei Rostock läuft in Deutschland seit letztem Jahr. Hieran beteiligen sich bislang u. a. globalisierungskritische Organisationen wie attac, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) aus dem entwicklungspolitischen Bereich, Friedensbewegung, Anti-AKW- und Umweltinitiativen, Flüchtlingsinitiativen sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Es sind Großdemonstrationen, ein Gegengipfel, Blockaden und Kulturveranstaltungen geplant.

Der G8-Gipfel bietet die Chance, die Verbindung des nationalen mit dem internationalen Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und die damit verbundene Ausbeutung von Menschen und Ressourcen hierzulande zu thematisieren und ein deutliches Zeichen gegen die Politik der großen Koalition zu setzen

Linkspartei, WASG, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Solid und das Hochschulgruppennetzwerk bereiten seit Sommer 2006 die Kampagne der „Neuen Linken“ vor, die auf allen Ebenen der Partei mit Veranstaltungen, Aktionen und der Mobilisierung von Mitgliedern und Sympathisanten umgesetzt werden soll.

Antrag 03-020

Antragsteller: Kreisverband Chemnitz

Antragsthema: Kein Einsatz deutscher Truppen im Nahen Osten

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG begrüßt den Waffenstillstand im Libanon, fordert aber zusätzlich den Rückzug aller israelischen Streitkräfte aus dem Gaza-Streifen und dem Westjordanland. Weiterhin fordert die WASG Sachsen die Freilassung ALLER Gefangenen.

Die WASG fordert die Bundesregierung auf, alle Lieferungen von Waffen und anderen Kriegsvorräten aus und über Deutschland zu beenden.

Die WASG lehnt die Entsendung von deutschen Truppen ins Krisengebiet Südlibanon grundsätzlich ab. Wir fordern jedoch humanitäre Hilfe zu leisten und Flüchtlinge aufzunehmen. Alle Gliederungen der WASG werden aufgefordert, sich gemeinsam mit anderen an Aktionen und Debatten gegen Krieg und für Abrüstung in den Krisenregionen zu beteiligen.

Begründung:

Die Entsendung deutscher Truppen in den Nahen Osten ist ein weiterer Schritt in die Richtung der Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Es geht nicht hauptsächlich darum Frieden zu wahren bzw. zu schaffen, sondern zu sichern, dass Deutschland als gleichberechtigter Partner in der Aufteilung der Beute der neoliberalen Globalisierung teilnehmen darf. Wir lehnen es ab, dass die Bundesregierung mit einem Bundeswehreininsatz Deutschland weiter in die Globalstrategie der USA zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens einbinden lässt.

Die Ausweitung der Auslandseinsätze ebnet des Weiteren den Weg für eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Der Libanon braucht jetzt zivilen Aufbau und humanitäre Hilfe. Die Bundesregierung sollte ihrer besonderen Verantwortung nachkommen und humanitäre in Libanon, im Gaza-Streifen und im Westjordanland leisten, anstatt weiterhin Waffenlieferungen zu fördern bzw. zu dulden.

Antrag 04-022

Antragsteller: Kreisverband Chemnitz

Antragsthema: Besetzung Iraks sofort beenden

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG fordert das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung des Irak durch US-amerikanische und verbündete Truppen.

Weiterhin fordert die WASG die Bundesregierung auf, alle Unterstützung für die Besetzung, z. B. durch die Ausbildung von irakischen Polizisten und Mitgliedern der irakischen Streitkräfte oder die Benutzung von US-amerikanischen Stützpunkten in Deutschland zur Belieferung der Besatzungskräfte, sofort zu beenden. Die WASG unterstützt und beteiligt sich zusammen mit der Friedensbewegung an allen breiten Kampagnen gegen die Besetzung und für die sofortige Beendigung aller ausländischen Einmischung im Irak.

Begründung:

Am 18.03.2006 jährte sich der Jahrestag des Einmarsches der USA und ihrer Verbündeten in den Irak zum dritten Mal. Seit Kriegsbeginn sind 300.000 bis 500.000 Menschen infolge des Krieges umgekommen – unmittelbar durch Kampfhandlungen und Bombardierungen – und mittelbar durch die Zerstörung von Krankenhäusern, Abwasseranlagen und Kraftwerken. Bei den grauenhaften Angriffen auf Falludscha im Herbst 2004 starben allein 4.000 Menschen, viele sind durch den Einsatz von Sprengbomben zerfetzt worden oder durch weißen Phosphor am lebendigen Leib verbrannt. Aber nicht nur Falludscha hat große Zerstörungen erlebt – auch Al Kaim, Kerbala, Nadjaf, Haditha, Hit, Bakuba, Bagdad, Ramadi, Samarra. Hunderttausende müssen in Zeltlagern „wohnen“ – in brennender Hitze am Tag und schlimmer Kälte in der Nacht. Über 20% der IrakerInnen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Zudem gibt es Strom nur zwischen 2 bis 6 Stunden am Tag. Direkt nach dem Einmarsch und dem von Bush verkündeten „Sieg“ wurden Hunderttausende entlassen, nicht nur aus der Armee, sondern auch LehrerInnen, ÄrztInnen und Verwaltungsangestellte. Die US-Besatzer befahlen die Privatisierung von 200 Staatsbetrieben. Praktisch bedeutete das die Stilllegung der Arbeit in den großen Fabriken im Irak. Zudem wurden die Zölle abgeschafft, wodurch billige Waren den irakischen Markt überschwemmt und noch mehr Leute arbeitslos wurden. Inzwischen liegt die Arbeitslosigkeit bei ca. 70%. Auf Befehl der US-Besatzungsbehörden bekommen nur ausländische Unternehmen Aufträge. Arbeit gibt es vor allem für kostspieliges Sicherheitspersonal (ca. 15.000 bewaffnete Kräfte) und teure, eingeflogene Fachkräfte. Zehntausende sitzen in Gefängnissen und Lagern. Folter und Demütigungen wie in Abu Graib sind nur die kleine Spitze des Eisbergs. Die Besetzung durch die westlichen Mächte ist heute die Hauptquelle von Chaos und Gewalt im Irak.

Antrag 05-023

Antragsteller: Kreisverband Chemnitz

Antragsthema: Kein Krieg gegen den Iran

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG widersetzt sich den Vorbereitungen eines Krieges gegen den Iran.

Das soll in Form von eigenen öffentlichen Aktionen der Gliederungen und Untergliederungen der WASG und durch Unterstützung anderer, auf dieses Ziel gerichteten Aktivitäten, geschehen.

Zentrale Forderungen sollen dabei sein:

Die sofortige Beendigung aller Kriegsvorbereitungen gegen den Iran

Die Respektierung der Unabhängigkeit aller Völker in allen Erdteilen

Die entschiedene Verurteilung von Interventionen, Kriegen u. Präventivkriegen

Die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit, flächendeckende Abrüstung und die Verwendung der Gelder für soziale, humanitäre und ökologische Aufgaben

Begründung:

Wie schon im Krieg gegen den Irak will die US-Regierung mit einem Angriff auf den Iran die wirtschaftliche Macht der USA sichern. Dafür will Bush die vollständige Herrschaft über den Nahen Osten erlangen, weil dort weltweit die meisten Ölvorräte sind. Doch ein Angriff auf den Iran würde dort nicht Demokratie und Freiheit einkehren lassen, sondern Armut und Chaos würden wie im Irak das Leben beherrschen. Wenn Deutschland zum Frieden beitragen will, dann geht das nur, wenn die Außenpolitik sich wieder an das Völkerrecht hält. Wir sind deshalb auch für die Einhaltung des Atomwaffen-Sperrvertrages. Frieden entsteht nicht dadurch, dass ein Land ein anderes militärisch bedroht. Gegen solch eine Praktik wollen wir uns aussprechen und alles dafür tun, dass sich Deutschland nicht auf die Seite der Kriegstreiber stellt.

Antrag 06-055

Antragsteller: Kreisverband Osterholz

Antragsthema: Abrüstungspolitik entwickeln

Antrag:

Die Militarisierung deutscher Außen- und Innenpolitik muss Einhalt geboten werden. Die WASG wird sich in ihrer außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit verstärkt dem Thema zuwenden. Sie wird sich dabei als aktiver Teil der Friedensbewegung beweisen. Die Umsetzung der programmatischen Eckpunkte zur Friedens- und Abrüstungspolitik bedürfen der konkreten Ausformung.

Am Beispiel des Rüstungsstandortes Bremen und umzu sind Initiativen zu entwickeln, mit denen Alternativen zur Rüstungsproduktion und der logistischen Unterstützung weltweiter Einsätze der Bundeswehr aufgezeigt werden.

Begründung:

Die bisherigen Aussagen zur Friedens- und Abrüstungspolitik bleiben deklaratorisch, so lange sie nicht in konkrete Schritte eingebettet werden. In Bremen und umzu konzentriert sich ein starker Kern von Rüstungsunternehmen und logistischen Know-hows.

Bremer Rüstungsunternehmen stehen in einer unheilvollen Tradition. Sie lieferten Waffen für zwei Weltkriege und sie liefern bis heute Waffen in alle Teile der Welt Ihre Produktion ist die Grundlage für eine zunehmend militarisierte Aussenpolitik, die Voraussetzung künftiger Kriege Im Zuge der Umstrukturierung und Neubewaffnung der Bundeswehr und im Zusammenhang mit dem Aufbau einer europäischen Armee kommt Bremen eine wichtige Rolle als Produktionsstandort und Exporthafen für Rüstungsgüter zu.

Am 1. Oktober 2006 wurde die Nachschubschule des Heeres in Osterholz-Scharmbeck/Garlstedt zur „Logistikscheule der Bundeswehr“. Bis zu 14.000 Bundeswehrosoldaten werden dort jährlich von 600 Ausbilder trainiert, um die Versorgung von Bundeswehreinheiten zu sichern.

Eine Logistikscheule der Bundeswehr kann nicht isoliert als Ausbildungsstätte für Bundeswehrosoldaten betrachtet werden. Die Logistikscheule ist ein wichtiger Bestandteil einer mehr oder minder verdeckten Strategie der Umwandlung – „Transformation“ – der Bundeswehr von

einer nationalen Verteidigungsarmee hin zu einer global einsetzbaren militärischen Eingreiftruppe.

Wenn es nach Verteidigungsminister Jung (CDU) ginge, sollen Bundeswehreinätze nicht mehr nur das Territorium der Bundesrepublik Deutschland vor Angreifern schützen, vielmehr seien die Einsätze der Bundeswehr stärker an den Interessen Deutschlands auszurichten. Dazu heißt es im Entwurf des Weißbuchs der Bundeswehr: Zu den Aufgaben gehöre es, „den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen“.

Deutschland sei aufgrund seiner hohen Außenhandelsabhängigkeit „in globalem Maßstab verwundbar“, weil es von sicheren Transportwegen und -mitteln sowie einer sicheren Rohstoffzufuhr abhängig ist. Auch wenn das keine primär militärisch zu bewältigende Aufgabe sei, so gelte es doch „sich insbesondere den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden“.

Der Entwurf des Weißbuchs verlangt für künftige Bundeswehreinätze, dass in jedem Einzelfall eine klare Antwort auf die Frage notwendig sei, „inwieweit Interessen Deutschlands den Einsatz erfordern und rechtfertigen“. (Es ist daher nicht überraschend, dass im Zusammenhang mit dem Bundeswehreinatz im Kongo auch auf die Bedeutung des Landes als Rohstofflieferant hingewiesen wurde.) Die Einsätze von Bundeswehrsoldaten am Horn von Afrika, in Afghanistan, im Kosovo, vor der Küste Libanons und demnächst im Sudan (?) scheinen bereits Belege dieser Neuausrichtung der Bundeswehr zu sein. Mit allen logistischen Anforderungen, die dazu gehören!

Mit einem so deutlich erweiterten Verteidigungsbegriff (nur der ist durch das Grundgesetz legitimiert) könnten letztlich auch Interventionen rund um den Globus begründet werden. In Garlstadt wird das dazu gehörende Logistik-Know-how vermittelt.

Die WASG lehnt die Logistikschule mit ihrem jetzigen militärischen Auftrag zur Absicherung weltweiter Einsätze von Bundeswehrsoldaten ab. Stattdessen muss die Logistikschule in Osterholz-Scharmbeck/Garlstadt langfristig umgebaut werden in eine Schulungsstätte zur Ausbildung ziviler Logistiker unter dem Dach internationaler Organisationen wie OSZE und UNO. Eine Logistikschule nach unseren Vorstellungen hat Einsatzkräfte darin zu schulen, wie in Krisensituationen schnellstmöglich Hilfspersonal sowie Hilfsgüter wie Lebensmittel und technisches Gerät zur Vermeidung humanitärer Katastrophen zum Einsatz kommen können.

Antrag 07-032

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland.

Antragsthema: Steuerharmonisierung in der EU

Antrag:

Der ordentliche Bundesparteitag der WASG am 18./19.11. 2006 möge den nachfolgenden Antrag zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion die „Neue Linke“ in dem Sinne des Antrages die Bundesregierung auffordern zu handeln, beschließen.

Nachdem wir viele Jahre in der EU eine Wirtschafts- und Währungsunion haben, ist es dringend geboten, auch eine Steuerharmonisierung in der EU zu erreichen.

Zahlreiche EU-Länder, betreiben Steuerdumping, auch anderen EU-Ländern gegenüber. Sie verzichten somit auf Steuereinnahmen und bekommen dann von der EU hohe Finanzmittel zugewiesen. Es ergibt sich eine steuerliche Verzerrung innerhalb der EU, die dringend beseitigt werden muß.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, den Beitritt weiterer Länder in die EU von einer vorher durchgeführten Steuerharmonisierung abhängig zu machen.

Antrag 08-047

Antragsteller: Kreisverband Lüchow-Dannenberg:

Antragsthema: Aufkündigung des EURATOM-Vertrages

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Fraktion Die Linke soll im Bundestag mit allen verfügbaren parlamentarischen Mitteln von der Bundesregierung einfordern:

1. die WISE-Studie (EU-Parlament) öffentlich zu diskutieren und die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen und
2. den EURATOM-Vertrag aufzukündigen.

Begründung:

1. Die für das Europaparlament erstellte Studie über toxische Auswirkungen der Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield und La Hague (Publikation des Europaparlaments, PE-Nr. 303.110/Okttober 2001) kommt zu dem erschütternden Ergebnis: „Die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente in Sellafield und La Hague ist die Quelle der weltweit größten vom Menschen verursachten Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt in dem Ausmaß eines sich jährlich ereignenden großen kerntechnischen Unfalls. Einige der in großen Mengen freigesetzten Radionuklide haben Halbwertszeiten von Millionen Jahren. Die in den letzten Jahren in der Umwelt festgestellten Konzentrationen überschritten wiederholt die Interventionsschwellen der EG für Nahrungsmittel.

Die in den 90er Jahren verzeichnete Tendenz zu starken Zunahmen bei der Freisetzung bestimmter wichtiger Radionuklide in Sellafield und La Hague und die geplante Erhöhung der Freisetzung verstoßen gegen den Wortlaut und den Geist des OSPAR-Übereinkommens. ...

Die europäische Kommission macht keinen effektiven Gebrauch von ihrem Überprüfungsrecht. Die Kommission ist ... augenscheinlich nicht in der Lage zu garantieren, dass die grundlegenden Sicherheitsnormen in den WAA in La Hague und Sellafield beachtet werden. ...

Die Freisetzung großer Mengen langlebiger Radionuklide in Sellafield und La Hague verstößt folglich gegen das Vorsorgeprinzip, das unter anderem in der europäischen Gesetzgebung, der Agenda 21 und der Erdcharta vom März 2000 festgelegt ist.“

Die Aufrechterhaltung der atomaren Kreisläufe in Europa und besonders in Deutschland ist daher nicht zu verantworten!

2. Mit dem Entwurf für die europäische Verfassung wurde der Versuch unternommen, den EURATOM-Vertrag festzuschreiben. Dieser Vertrag ist mit einem Atomausstieg nicht zu vereinbaren!

Ein wesentlicher Anteil des europäischen Haushalts fließt -ohne parlamentarische und öffentliche Kontrolle- in Atomforschung, Bau und Weiterbetrieb nuklearer Anlagen sowie Stärkung der Atomlobby, die sich jeder Kontrolle entzieht.

Die mächtigen Atomkonzerne sind aber weder in der Lage, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, eine ausreichende Versicherung der Schäden eines jederzeit möglichen GAU's zu leisten noch den Nachweis einer für Millionen Jahre sicheren Endlagerung des Atommülls zu erbringen.

Außerdem wird über EURATOM die höchst fragwürdige und gefährliche „Kern-fusions-technologie“ gefördert.

Antrag: 09-033

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Antragsthema: Keine Milliardengeschenke für die Emissionszertifikate an Stromkonzerne

Antrag:

Der ordentliche Bundesparteitag der WASG am 18./19. 11.2006 möge den nachfolgenden Antrag zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion die „Linke“, in dem Sinne des Antrages gesetzgeberisch tätig zu werden, beschließen.

Die von dieser Bundesregierung an die Stromversorgungsunternehmen kostenlos über 5 Jahre verschenkten Emissionszertifikate im Werte von 25 Milliarden EURO (pro Jahr 5 Milliarden EURO) sind zurück zu fordern. Die EU-Kommission sollte überprüfen, ob aus Wettbewerbsgründen gegenüber anderen EU-Ländern die kostenlose Überlassung der Emissionszertifikate zulässig ist.

Eine Bundesregierung, die über Finanzarmut klagt, sich hoch verschuldet und bei hilfebedürftigen Menschen und Menschen mit kleinen Einkünften dauernd finanziell direkte und indirekte Kürzungen vornimmt, die aber Milliarden EURO Geschenke verteilt, ist nicht mehr glaubwürdig.

Antrag 10-030

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Antragsthema: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Antrag:

Der ordentliche Bundesparteitag der WASG am 18./19.11..2006 möge den nachfolgenden Antrag zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion die „Neue Linke“, in dem Sinne des Antrages gesetzgeberisch tätig zu werden, beschließen.

Um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der WASG zu erhalten, ist es die Aufgabe der WASG, die schwächsten in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Zu ihnen gehören auch die Arbeitslosen.

Bei 10 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen dürfen nicht die schon durch Arbeitslosigkeit gestraften Arbeitslosen durch Leistungskürzungen bestraft werden, sondern das vorhandene

Kapital Arbeit muß durch Gesetzesmaßnahmen gerechter aufgeteilt werden.

Deshalb sind folgende Veränderungen erforderlich:

1. Es ist volkswirtschaftlich wegen der hohen Kosten durch die Arbeitslosigkeit nicht vertretbar, dass bei 10 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen Milliarden von Überstunden getätigt werden.
Bei ca. 1,9 Milliarden bezahlten Überstunden im Jahr 2001,
bei ca. 1,7 Milliarden bezahlten Überstunden im konjunkturschwachen Jahr 2002
und bei gleicher Anzahl getätigter nicht bezahlter Überstunden die laufend zunehmen, bedeutet die Umsetzung real 1,4 Millionen (rechnerisch 2-2,4 Millionen) neue Arbeitsplätze. Die Gesamtsituation hat sich bezogen auf geleistete und nicht bezahlte Überstunden weiterhin rapide verschlechtert.

Deshalb sind sämtliche Überstunden unter Strafandrohung von Gefängnis von nicht unter zwei Jahren für Arbeitgeber, Geschäftsführer oder Vorstände aufgrund der hohen Massenarbeitslosigkeit zu verbieten. Ausgenommen sind hiervon Arbeitszeitkonten, die innerhalb von 15 Monaten durch Freizeit ausgeglichen werden müssen. Lohn oder Gehalt darf für Überstunden nicht ausgezahlt werden. Sollten innerhalb der 15 Monate die gespeicherten Überstunden von Arbeitszeitkonten nicht ausgeglichen sein, sind neue Arbeitskräfte einzustellen, damit dann die Überstunden durch Freizeit ausgeglichen werden können.

2. Um Arbeit für viele zu schaffen ist es erforderlich, die vorhandene Arbeit besser aufzuteilen. Deshalb ist es notwendig, die Wochenarbeitszeit gesetzlich für alle Arbeitnehmer auf 35 Stunden zu begrenzen. Gewerkschaften und andere Institutionen können unterhalb der 35-Stunden-Woche mit den Arbeitgebern kürzere Arbeitszeiten aushandeln.
3. Sollte das Problem der Arbeitslosigkeit durch die vorgenannten Maßnahmen nicht zufrieden stellend gelöst sein, dann muß die Wochenarbeitszeit gesetzlich unter 35 Stunden abgesenkt werden.
4. Ausgenommen von den vorgenannten Positionen 1-3 sind:
Parlamentarier, Politiker, Firmeninhaber und leitende Angestellte mit Administrationsrechten und Beamte ab Besoldungsgruppe B1 bzw. Personen, die den vorgenannten Gruppierungen gleichzustellen sind.

5. Alle Arbeitgeber sind gesetzlich zu verpflichten, offene Stellen und nicht besetzte Arbeitsplätze der jeweiligen „Bundesanstalt für Arbeit“ (Arbeitsamt) zu melden.
6. Durch die vorgenannten Positionen würde die Massenarbeitslosigkeit stark abgebaut. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Lohnnebenkosten würden stark verringert.
7. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze müssen aufgehoben werden und die früheren Bedingungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sind wieder herzustellen.

Antrag 11-042

Antragsteller: Kreisverband München

Antragsthema: Gender Mainstreaming Evaluation zu Hartz IV

Antrag:

Die Linksfraktion im Bundestag wird vom Bundesparteitag der WASG beauftragt, eine Gender Mainstreaming Evaluation zu Hartz IV zu beantragen bzw. bei Ablehnung eine solche in Angriff zu nehmen. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Evaluation soll dann versucht werden, ein entsprechendes politisches Bündnis zu schmieden, das die genderpolitische Bedeutung von Hartz IV in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt.

Fragen, die dabei zu untersuchen wären, sind z.B.:

- Welche Auswirkungen hatte die mit Hartz IV erfolgte Streichung der Mittel zur Förderung von Berufsrückkehrerinnen auf die Beschäftigungschancen dieser Betroffenen-gruppe?
- Wie hoch ist der Anteil der Fortbildungsmittel der Bundesagentur für Arbeit, der mittlerweile überhaupt noch für Frauen aufgebracht wird? Nach Einstellung der frauenspezifischen Programme durch Hartz IV?
- Welche Erfahrungen haben Frauenhäuser mit Hartz IV gemacht? Lassen sich Auswirkungen auf das Problem häuslicher Gewalt beobachten – in Bezug auf einen Anstieg der Fälle wie auch in Bezug auf die erschwerten Bedingungen, unter denen Frauen, insbesondere Mütter, sich jetzt häuslicher Gewalt entziehen können?
- Welche Erfahrungen haben Schwangerschafts- und Familienberatungsstellen mit Hartz IV gemacht?
- Gibt es einen Anstieg der Fälle, in denen Kinder alleinerziehender Mütter aus physischen oder psychischen Gründen in Pflege gegeben werden müssen?
- Welche Auswirkungen lassen sich bei der Gesundheit Alleinerziehender allgemein feststellen?
- Gibt es Beobachtungen, dass Hartz IV in Scheidungsauseinandersetzungen instrumentalisiert wird? Welche Auswirkungen hat die „Perspektive“ Hartz IV auf das Trennungsverhalten von Frauen über 40? Wie hoch ist der Anteil der Trennungen, die für einen der beiden ehemaligen Partner in Hartz IV enden?
- Welche Auswirkungen hat die Unterhaltsverpflichtung von Lebensgefährten für die Kinder anderer Väter auf die Beziehungsoptionen von Alleinerziehenden? Wie entwickelt sich die (Wieder-)verheiratungsrate?
- Welchen Anteil der Empfänger aufzählenden ALG II bundesweit bilden Alleinerziehende?
- Wie entwickeln sich die Bildungsaussichten junger Mädchen unter den Voraussetzungen von Hartz IV?

Die Ergebnisse dieser Evaluation werden den Parteimitgliedern vor Ort zur Verfügung gestellt; sie sollen auch kommunal- und landespolitisch ergänzt und genutzt werden.

Begründung:

Hartz IV hat massive genderpolitische Konsequenzen. Allerdings befinden sie sich alle außerhalb des Blickwinkels der Öffentlichkeit; es ist gelungen, alle BezieherInnen von Hartz IV hinter Clements Bild des langzeitarbeitslosen Parasiten zum Verschwinden zu bringen. Wenn also Forderungen öffentlich lanciert werden, das ALG II weiter zu kürzen, wird gar nicht mehr wahrgenommen, dass die Gruppe der Betroffenen sehr vielfältig ist und beispielsweise auch alle Alleinerziehenden umfasst, die früher Sozialhilfe bezogen, Frauen, die in Frauenhäusern leben, wie auch Frauen, die sich nach einer traditionellen Ehe von ihrem Partner trennen, denen aber der Unterhalt verweigert wird.

Hartz IV hat in das Leben besonders von Frauen massiv eingegriffen. Besonders deshalb, weil eine ganze Reihe von Veränderungen die Entscheidungsfreiheit zentral betrifft. Es ist z.B. in den seltensten Fällen einfach für eine Frau, in ein Frauenhaus zu ziehen; die verschärfte Armut, die Hartz IV hervorruft, stellt dabei in einer prekären Situation eine zusätzliche Belastung dar, die womöglich zum Verbleib in einer Gewaltsituation führt.

Auch für alle Frauen, die Kinder bekommen (wollen) bedeutet Hartz IV eine Veränderung. Schließlich besteht genau darin das Grenzkrisiko.

In einer genderpolitischen Bewertung von Hartz IV kann es also nicht nur um die „harten“ Daten gehen, um die nachweisbaren materiellen Verschiebungen (die gravierend genug sein dürften). Ebenso bedeutend sind die Auswirkungen auf die Entscheidungsmöglichkeiten, die von einem erhöhten Risiko ausgehen. Können sich alleinstehende Frauen tatsächlich noch dafür entscheiden, ein Kind auszutragen, wenn die Konsequenz Hartz IV heißt und ihnen niemand sagen kann, wie sie davon ein Kind aufziehen sollen? Zur Klärung solcher Fragen ist es wichtig, Erfahrungen aus Beratungsstellen mit einzubeziehen. Der selbe Ausgangspunkt der Entscheidungsfreiheit findet sich im Zusammenhang mit Trennungen aus Gewaltsituationen und mit Trennungen nach einer längeren Partnerschaft. Sollten sich solche Auswirkungen bestätigen lassen, hätte Hartz IV tatsächlich zentrale Bereiche beeinträchtigt, in denen für die Autonomie weiblicher Entscheidung lange gekämpft wurde. In vielen frauentypischen Grenzsituationen spielt die soziale Absicherung eine bedeutende Rolle; ist, angesichts geringerer Vermögen, schlechterer Aufstiegschancen, früherer „Alterung“ und der nach wie vor vor allem an Frauen hängenden Kindererziehung ein angemessenes Transfereinkommen die Voraussetzung der Autonomie. In Verbindung mit den anderen Entwicklungen, die ins Geschlechterverhältnis eingreifen (z.B. Minijobs, Outsourcing insbesondere in frauentypischen Arbeitsbereichen wie Putzdiensten, befristete Arbeitsverhältnisse) könnte sich ein dramatischer Roll-Back weiblicher Entfaltungsmöglichkeiten ergeben. Es wäre eine wichtige Aufgabe der Linken, dies zu überprüfen und gegebenenfalls politisch auf die Tagesordnung zu setzen.

Antrag 12-039

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken

Antragsthema: Gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 30 % !

Antrag:

Der Parteitag der WASG möge unten genannten Antrag beschließen!

Der Parteitag der WASG verurteilt auf das Schärfste die vom Sachverständigenrat der Bundesregierung mehrheitlich geforderte Reduzierung des Regelsatzes beim Arbeitslosengeld II (ALG II) um 30 %. Ebenso heftig kritisiert wird die gewollte Einführung einer „Geringfügigkeitsschwelle“ beim Hinzuverdienst, die dazu führen würde, dass geringe Nebeneinkommen voll auf das Arbeitslosengeld II angerechnet würden. Der Parteitag der WASG kritisiert zudem die mehrheitlich ablehnende Haltung des Sachverständigenrats zu gesetzlichen Mindestlöhnen in Deutschland.

Begründung:

Die vom Sachverständigenrat entwickelten „Vorschläge“ bedeuten im Kern eine weitere Verarmung und Verelendung der betroffenen Langzeitarbeitslosen. Zudem wird der fälschliche Eindruck erweckt, dass auf Langzeitarbeitslose weiterer massiver Druck zur Annahme einer Beschäftigung ausgeübt werden müsse. Geradezu absurd sind Vorschläge, geringe Nebenverdienste (unter 200 €) voll auf die ALG-II-Leistungen (Hartz IV-Leistungen) anrechnen zu wollen. Damit wird auf gesetzlichem Wege die Motivation der Betroffenen solche Jobs anzunehmen praktisch auf Null reduziert und mögliche Einstiegschancen in eine existenzsichernde Beschäftigung behindert. Diese Absicht ist zutiefst unsozial und wird die Spaltung innerhalb der Arbeitslosen in Arme und noch ärmere weiter vorantreiben.

Antrag 13-035

Antragsteller: Kreisverband Gelsenkirchen

Antragsthema: Arbeitslosenticket

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG spricht sich für die Einführung von Arbeitslosentickets zu sozialverträglichen Preisen

in den Verkehrsverbänden bzw. bei den Verkehrsbetrieben in ganz Deutschland aus und setzt

sich dafür ein.

Dafür soll die Linke im Deutschen Bundestag eine Initiative entwickeln.

Begründung:

Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein Grundbedürfnis. Inzwischen sind die Tarife so hoch, dass sich Dauerarbeitslose (Alg 2-Bezieher) diese notwendigen Fahrten nicht mehr leisten können, zumal auch in anderen Bereichen die Preise anziehen.

Dauerarbeitslose dürfen nicht geradezu zum Schwarzfahren gezwungen werden, damit sie noch Geld für Essen haben. Fahrten mit Bus und Bahn dürfen nicht zum Luxus werden!

Mit der Annahme des Antrages würden wir zeigen, dass wir klar auf der Seite der Arbeitslosen stehen und uns für sie einsetzen.

Antrag: 14-029

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Antragsthema: Sicherung der sozialen Leistungen und Senkung der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland.

Antrag:

Der ordentliche Bundesparteitag der WASG am 18./19.11. 2006 möge den nachfolgenden Antrag zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion die „Neue Linke“, in dem Sinne des Antrages gesetzgeberisch tätig zu werden, beschließen.

Um wirksame, echte und gerechte Reformen durchzuführen und soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der WASG zu erhalten, müssen neue Wege zur Sicherung unserer Sozialsysteme gegangen werden. Auch um die Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland gerechter zu verteilen und maßgebend zu senken, sollten neue Wege beschrit-

ten
werden.

In einer Zeit, wo wir von einem Maschinenzeitalter über eine Computer- und Mediengesellschaft in eine kapitalorientierte Gesellschaft übergehen, müssen unsere Sozialsysteme auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Deshalb sollte eine Abgabe von allen Bruttoeinkünften ohne Höchstbegrenzung (eingeschlossen Bruttoeinkünfte aus Umsatz, Kapital, Aktien, Wertpapieren, Lohn, Gehalt, Mieteinnahmen, usw.) eingeführt werden. Hiervon sollten Einkünfte ausgeschlossen sein, die nach dem Bundessozialgesetzbuch oder Beamtenversorgungsrecht (Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Hartz-IV-Gelder, Krankengeld, Pflegegeld usw.) geleistet werden.

Natürlich hat jede einzahlende Person einen Anspruch auf eine Rente, die jedoch ab einer Höchstgrenze (evtl. z. Zt. 2500,- EUR) gekappt wird. Da bei hohen Einkünften und somit hohen Beiträgen eine Rentenkeppung erfolgt, entsteht dadurch ein echter solidarischer Beitrag gegenüber der Solidargemeinschaft.

Die „Hartzgesetze“ und die „Agenda 2010“ mit den unsozialen Gesetzesfolgen sind rückgängig zu machen.

Zur Sicherung der Sozialsysteme in der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich innerhalb der Solidargemeinschaft um eine gesetzlich zu regelnde Abgabe. Es könnte durch diese Abgabe und die höhere Anzahl der Beitragszahler eine starke Verringerung der Lohnnebenkosten, gerade bei lohnintensiven Unternehmen, erreicht werden. Die Lohnnebenkosten auf unter 20% abzusenken, wäre dann möglich.

Antrag: 15-031

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Antragsthema: Bemessungsgrenzen in der Sozialpolitik aufheben

Antrag:

Der ordentliche Bundesparteitag der WASG am 18./19. 11. 2006 möge den nachfolgenden Antrag zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion die „Neue Linke“ im Sinne des Antrages, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, beschließen.

In der Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind Bemessungsgrenzen von der Bundesregierung festgelegt.

Diese Bemessungsgrenzen sind unserer Meinung nach verfassungswidrig und müssen aufgehoben werden.

Die Bemessungsgrenzen verstoßen gegen die Gleichbehandlung bei den sozialabgabepflichtigen Einkommensbeziehern. Einkommensbezieher unterhalb der Bemessungsgrenzen werden zu 100 % ihres Einkommens zu den Sozialleistungen herangezogen. Der prozentuale Beitrag zu den Sozialleistungen bei Personen, deren Einkommenshöhe über den Bemessungsgrenzen liegen, wird geringer, je höher das Einkommen ist.

Das widerspricht der Gleichbehandlung der sozialversicherungspflichtigen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sind die Bemessungsgrenzen aufzuheben

Antrag 16-021

Antragsteller: Kreisverband Chemnitz

Antragsthema: Gegen Privatisierung

Antrag:

Der Bundesparteitag der WASG möge beschließen, dass sich die WASG eindeutig gegen Privatisierungen aller Art ausspricht, sich entschieden gegen weitere Privatisierungen vor allem in den Bereichen Wohnen, Wasserwerke, Trinkwasserleitungen, Müllentsorgung, Abwasserentsorgung, Energieversorgung, städtischer Nahverkehr, kommunale Sparkassen, Gesundheitswesen wendet und vor allem den öffentlich finanzierten Ausbau dieser Bereiche verlangt.

Des Weiteren soll die WASG alle linken Politiker dazu auffordern sich entschieden gegen Privatisierung zu positionieren.

Begründung:

Das Thema Privatisierungen ist heute allgegenwärtig. Von den Neoliberalen Politikern der anderen Parteien wird sie der Öffentlichkeit als „Sachzwang“ gedeutet, um leere Gemeinde-, Stadt- oder Landeskassen aufzufüllen. Dabei wird darüber hinweggetäuscht, dass diese Kassen nur deshalb leer sind, weil Steuergelder an Unternehmen großzügig verteilt werden und beim Sozialstaat gespart wird. Die flächendeckende Versorgung aller Bürger mit bestimmten Strukturen des Gesundheitswesens, der Mobilität und ähnlicher Bereiche des öffentlichen Interesses kann und wird aber von einem privaten Unternehmen niemals entsprechend des verfassungsmäßig garantierten Gleichheitsgrundsatzes organisiert werden.

Die Körperschaften des öffentlichen Rechts tragen jedoch Verantwortung für die Bürger, der sie auch nachkommen müssen. Linke Politik muss zum Ziel haben, diese Verantwortung einzufordern und zu verhindern, dass öffentliches Eigentum an private Unternehmen abgegeben wird, die in ihrem Streben nach Profit niemals die Menschen im Blick haben

Insofern ist der Kampf gegen Privatisierungen zugleich auch ein Kampf für die Stärkung der Demokratie und um Gleichberechtigung. Deshalb sollte sich auch die WASG eindeutig gegen Privatisierung positionieren und die vom Bundesparteitag der WASG in Ludwigshafen beschlossene Kampagne gegen Privatisierung aktiv unterstützen.

Antrag 17-044

Antragsteller: Kreisverband München

Antragsthema: Resolution: Für ein demokratisches Streikrecht!

Der Bundesparteitag möge folgende Resolution beschließen:
Für ein demokratisches Streikrecht!

1. Streik – Die schärfste Waffe der abhängig Beschäftigten

Innerhalb kapitalistischen Gesellschaften ist der Arbeitnehmer derjenige, der den Mehrwert für den Kapitalisten erwirtschaftet. Was so banal klingt, hat weit reichende Folgen: Der Unternehmer hat ein Interesse daran, so viel Profit wie möglich aus dem einzelnen Arbeitnehmer „herauszuholen“. Darüber hinaus hat er möglicherweise noch ein Interesse daran, dass es dem Arbeitnehmer zumindest so gut geht, dass er überhaupt in der Lage ist, Mehrwert zu produzieren. Welche Ansprüche die Arbeitnehmerschaft darüber hinaus durchsetzen kann, hängt davon ab, ob diese erkämpft werden können. Die Bedingungen, unter denen sich der Produktionsprozess vollzieht, der Lohn, das Festschreiben von Rechtspositionen, die Arbeitszeit: Alle Zugeständnisse, die hierbei den Arbeitnehmern gemacht werden, fallen nicht vom Himmel, sondern sind (und waren) immer ein Ausdruck von Klassenkämpfen, ob sie nun so genannt werden oder nicht.

Damit die abhängig Beschäftigten ihre Ziele durchsetzen können, bedarf es scharfer Instrumente. Diese kann man in Parteien suchen, diese können soziale Bewegungen sein, welche für den „Druck der Straße“ sorgen, dies können die Beschäftigten selbst sein, indem sie dem Unternehmer ihre Arbeitskraft nicht mehr zur Verfügung stellen und in den Streik treten. Die verschiedenen Instrumente und Akteure stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern können sich ergänzen. Da der Arbeitgeber von der Arbeitskraft abhängt, stellt der Streik aber das effektivste Mittel dar, Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen.

2. Für ein uneingeschränktes Streikrecht

Das Wort „Streik“ wird in der deutschen Öffentlichkeit oft wie ein Unwort behandelt: Wenn vom Streik die Rede ist, ist gleich der „Aufschwung“ bedroht (der dann auch ohne Streik nicht kommt), Deutschland ist in Gefahr, der Müll wächst, die Patienten werden nicht mehr versorgt, die Wettbewerbsfähigkeit, der Betrieb, die Löhne, nichts scheint mehr sicher. Der Streik als politisches Mittel ist jedoch legitim und auch verfassungsrechtlich garantiert. Dass die meisten Streikziele auch ökonomisch Sinn machen, ist angesichts der ökonomischen und sozialen Bankrotterklärung des Neoliberalismus mehr als nachvollziehbar (siehe oben).

Durch eine Reihe von öffentlichkeitswirksamen Streiks (Opel, Siemens, öffentlicher Dienst usw.) könnte Streik als politisches Mittel eine Renaissance erfahren. Es gibt genug gute Gründe, Streiks zu unterstützen. Es gibt genug gute Gründe, für mehr Lohn und weniger Arbeitszeit zu streiten. Es gibt genug gute Gründe, das Streikrecht neu zu gestalten.

2.1 Die Chancengleichheit bei Arbeitskämpfen muss wiederhergestellt werden - Weg mit dem Anti-Streik-Paragrafen 146 SGB III !

Seit der Novellierung des Streikparagrafen im Jahr 1986 wird Arbeitnehmern, die von „kalten“ Aussperrungen betroffen sind, kein Kurzarbeitsgeld mehr gezahlt. (Als "kalte Aussperrungen" bezeichnet man Aussperrungen in Betrieben, welche nicht direkt vom Streik betroffen sind.) Da die Gewerkschaften diesen Betrieben das Gehalt für die Dauer des Streiks nicht ersetzen können, steigt der Druck auf die Gewerkschaften, Streiks schneller zu beenden oder nur Betriebe zu bestreiken, die keine Produktionsausfälle in anderen Betrieben verursachen. Die Wirksamkeit und die Kampfkraft der Streikenden ist durch dieses Gesetz massiv eingeschränkt worden. Rot-Grüne hatte versprochen, den Anti-Streik-Paragrafen zu streichen, hat aber auch dieses Wahlversprechen nicht eingehalten.

2.2 Legalisierung von spontanen Streiks!

Als „wilden Streik“ werden spontane Arbeitsniederlegungen ohne vorherigen Aufruf durch eine Gewerkschaft (z.B. der Opel Streik im Oktober 2004) in der Öffentlichkeit diffamiert. Spontane Streiks sind verboten und gelten als Arbeitsverweigerung. Gegen Arbeitnehmer, die sich an spontanen Streiks beteiligen, kann der Unternehmer vorgehen und ihnen kündigen. Beim Opel-Streik wurde, um rechtliche Maßnahmen zu umgehen, der Streik als „verlängerte Infoveranstaltung“ ausgewiesen. Es wäre schön, wenn man in Zukunft auf solche Kon-

struktionen verzichten könnte. Bei aller politischen Verbundenheit zu den Gewerkschaften muss das Streikrecht ein Recht der Arbeitnehmer und nicht der Gewerkschaften sein.

2.3 Ja zu Solidaritätsstreiks!

Unter Solidaritätsstreiks sind Streiks von Arbeitnehmern zu verstehen, die von einem Arbeitskampf zwar nicht direkt betroffen sind, sich aber mit ihren streikenden Kollegen solidarisieren möchten. Solidaritätsstreiks sind in Deutschland grundsätzlich verboten und - nach neuerer Rechtsprechung - nur in Einzelfällen erlaubt. Arbeitnehmer, sei es aus dem eigenen oder aus fremden Unternehmen, Branchen und Ländern, müssen das Recht haben, sich mit den Streiks ihrer Kolleginnen zu solidarisieren und dies durch eigene Streikaktionen zum Ausdruck bringen zu können. So würde auch die Möglichkeit der Unternehmen reduziert, Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen.

2.4 Streikrecht für alle!

Auch wenn das Streikrecht aus der Verfassung abgeleitet wird, haben nicht alle Berufsgruppen das Recht zu streiken. Beamte dürfen nicht streiken, aber auch anderen Gruppen ist dies versagt. 1-Euro-Jobber haben genauso wenig die Möglichkeit, sich durch einen Streik gegen miese Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, wie z.B. Praktikanten oder Zivildienstleistende. Für uns steht fest: Jede Gruppe muss das Recht auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen haben!

2.5 und für Alles! – Für politische Streiks!

Als politischer Streik gilt die Arbeitsniederlegung zur Verfolgung und Durchsetzung politischer Ziele bzw. zur Bekundung politischen Willens, dessen Adressat der Gesetzgeber oder politische Instanzen sind, nicht dagegen der Arbeitgeber oder der Arbeitgeberverband. Politische Streiks sind in der Bundesrepublik im Unterschied zum EU-Ausland verboten – ein Umstand, der wiederholt von der ILO (International Labour Organisation) gerügt worden ist. Während Unternehmen von ihrer Möglichkeit, mit einem Standortwechsel ins Ausland zu drohen, regen Gebrauch machen, um die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist es den Arbeitnehmern verboten, ihrerseits Druck für eine sozial fortschrittliche Politik zu machen. Das Verbot des politischen Streikrechts offenbart ein vordemokratisches und parteiliches Obrigkeitsdenken. Die Chance, für politische Ziele zu streiken, würde die Machtbalance ein Stück zu Gunsten derjenigen verschieben, die ohnehin in geringerem Ausmaß die Möglichkeit haben, die Politik mitzubestimmen.

Begründung:

Die Resolution begründet sich selbst.

Antrag 18-043

Antragsteller: Kreisverband München

Antragsthema: Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts

Antrag:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG fordert die Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts. Unter gesetzlichem Geschlecht verstehen wir die Zuordnung jeder Person zu einem von zwei gesetzlich anerkannten Geschlechtern (Mann/Frau). Diese Einteilung soll von staatlichen Behörden nicht mehr bei Geburt vorgenommen und diese Bezeichnungen nicht mehr in staatlichen Dokumenten geführt werden.

Diese Forderung wird an passender Stelle in das Programm der Partei aufgenommen.

Begründung:

Die Festlegung auf ein gesetzlich definiertes Geschlecht (weiblich / männlich) hat in einer gleichberechtigten Gesellschaft keinen Sinn, da weder Erwartungen noch gesetzliche Beschränkungen bestehen sollten.

Das zugrunde liegende bipolare Geschlechterverständnis entspricht nicht der biologischen Realität. Es ist vielmehr direkter Ausdruck der Diskriminierung von Intersexuellen in unserer Gesellschaft und lässt völlig außer Acht, dass so genannte Biologische Geschlechtsmerkmale ein Kontinuum darstellen, an deren Enden die jeweils erwarteten Merkmalskombinationen sind! Auch wenn die meisten Menschen sich einer dieser Kategorien (Frau bzw. Mann) mehr oder minder zuordnen lassen, ist dies keine Rechtfertigung, die Zuordnung gesetzlich fest zu schreiben.

Ohne ein Gesetzliches Geschlecht würde der Leidensdruck von Transgender, Shemales, u.a. erheblich gemildert werden. Sowohl die gesetzlichen Barrieren wie auch die Erklärungsnot würde erheblich gesenkt werden. In einer freiheitlichen egalitären Gesellschaft muss dem Individuum das Recht auf Selbstdefinition gegeben sein, dies gilt auch für die Definition von Gender und Geschlecht.

Genderdiskriminierung leitet sich zu einem nicht geringen Teil direkt vom bipolaren Geschlechterverständnis ab, indem den sogenannten biologischen Merkmalen auch sozio-psychologische zugeordnet werden. Konsequenter weitergedacht lassen sich auch kompliziertere Verhaltensmuster und somit auch Erwartungen jeweils zuordnen. Ohne das ideologische Fundament der Gendereinteilungen, nämlich das Geschlecht, zu beseitigen, wird es nie gelingen, so genannte Gendergerechtigkeit herzustellen. Wie mensch an dem heute wahrnehmbaren reaktionären Backlash sieht, bleibt somit jeder erkämpfte Fortschritt im Belieben des Zeitgeistes.

Antrag 19-046

Antragsteller: Kreisverband München

Resolution: Keine Unterstützung des „Bundes der Vertriebenen“

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die WASG distanziert sich von den politischen Forderungen des „Bundes der Vertriebenen“ und dessen Ansinnen, das „Zentrum gegen Vertreibung“, mit dem offenbar die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg relativiert werden soll, zu errichten.

Es ist uns unverständlich, wieso der „Tag der Heimat“ jährlich durch die Teilnahme von demokratisch Gewählten Volksvertretern quasi in den Rang eines Staatsaktes erhoben wird. Namentlich fordern wir den Bundespräsidenten Horst Köhler auf, dies zukünftig zu unterlassen.

Begründung:

Bei Bedarf mündlich